

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug · Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto · Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend · Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrundstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 16. März 1932

Nummer 22

Tarispolitische Verirrungen

Der größte Teil der in voriger Nummer des „Korr.“ veröffentlichten Anträge des Deutschen Buchdrucker-Vereins zu den gegenwärtigen Manteltarifverhandlungen für das deutsche Buchdruckgewerbe hat in unsern Kollegenkreisen eine tiefgehende Erbitterung und Empörung ausgelöst. Durch eine ganze Reihe bei uns schon eingegangener Zuschriften zieht sich wie ein roter Faden der Gedanke, der in einem zu historischer Bedeutung gewordenen Ausspruch des ehemaligen Boiwobden Lejczinski mit folgenden Worten zum Ausdruck kam: Wir ziehen eine gefährvolle Freiheit jeder entehrenden Knechtschaft vor!

Und in der Tat fehlt es in den Anträgen der Unternehmer im Buchdruckgewerbe nicht an Zumutungen, die jedem ruhig und sachlich überlegenden Mitglied des Verbandes der Deutschen Buchdrucker berechnete Zweifel darüber aufkommen lassen müssen, ob solche Anträge überhaupt noch verdienen, ernst genommen zu werden, oder ob sie nicht nur als fieberhafte Phantasien und rein juristische Kuckuckseier tariflicher Sabotage dem Deutschen Buchdrucker-Verein unterschoben worden sind. Allein schon die Tatsache, daß der grundsätzliche und formelle Aufbau der prinzipialseitigen Tarifproppale jede ernsthafteste Vergleichsmöglichkeit mit den bisherigen tariflichen Pflichten und Rechten in unserm Gewerbe erst dadurch ermöglicht, daß man sie zunächst wie einen sehr mangelhaft aufgedauten Zwiebelstichlag behandelnd und ihre einzelnen Paragraphen durch Aufschleberungen untrempeln mußte, läßt darauf schließen, daß die für diese Tarifvorlage verantwortlichen Väter scheinbar des Glaubens waren oder sind, daß sie nur zu bitteren brauchen und alles wäre im Lote. Daß aus solcher „Herkulesarbeit“ aus naheliegenden Gründen sehr leicht nur Siphysarbeit werden könnte, scheint man auf der andern Seite am allerwenigsten zu erwarten. Aber es wird trotzdem mit größter Wahrscheinlichkeit nicht viel anders übrig bleiben; wenn überhaupt noch von einer besseren Entwicklung der Zukunft und eines tariflichen Waffenstillstandes im deutschen Buchdruckgewerbe gesprochen werden soll.

Gehen wir nun daran, einige „Perlen“ der Unternehmeranträge unter die Lupe zu nehmen, so finden wir gleich in jenen zu § 1 des bisherigen Tarifs eine ebenso kleinliche wie charakteristische Offenbarung der mehr juristischen als sachverständigen Absichten der Paragrafenbauer der Prinzipalsanträge. Es soll nach ihrem Wunsch endlich auch im Buchdruckertarif der grundsätzliche Einbau des Wortes „Arbeitsnehmer“ als Oberbegriff für das Wort „Gehilfen“ erfolgen. Aber leider bildet dieser sozialpsychologische Lapsums unlogischer Begriffsbildung, den schon der erst vor einigen Jahren verstorbenen Unternehmerfachmann Otto Säuberlich auf Seite 68 seines „Drahtwörterbuches“ als sinnwidrig festgenagelt hat, noch längst nicht den stärksten Mißgriff im sonstigen Gewirr der diesmaligen Unternehmeranträge. Denn schon der in der Reihenfolge des jetzigen Tarifs nächste Abänderungsantrag des DBV, zu § 2 verpflichtet nur den Gehilfen zur pünktlichen und ordnungsmäßigen Arbeitsleistung (natürlich auch mit Verpflichtung zu etwaigem Schadensersatz dem Unternehmer gegenüber); die bisherige gleichwertige Verpflichtung des Prinzipals, den Gehilfen in der jeweiligen festgesetzten Arbeitszeit voll zu beschäftigen, ist wahrcheinlich von den Vätern dieser Tarifvorlage nur vergessen worden. Statt dessen hat man nicht verjämmt, alle nur denkbaren Sicherungsmaßnahmen gegen irgendwelche Nachlässigkeit oder Verjämmtnis in der Arbeitsleistung des Gehilfen zu treffen. Für die Nachprüfung der Erfüllung aller Pflichten des letzteren hat man schriftliche und mechanische Sicherungen, vorgeesehen,

die beinahe einer Versicherungsgesellschaft gegen Einbruchsdiebstähle genügen könnten. Davon aber, daß man den Gehilfen ein gleiches Kontrollrecht über Ertrag oder Verwertung ihrer Arbeitsleistungen einräumen würde, steht nicht das geringste in dieser Vorlage; wir glauben sogar, daß solche Forderungen auf Unternehmenseite als Desliste der Betriebspionage oder als haarsträubende Einmischung in Geschäftsgeheimnisse beurteilt würden.

Daß in den Anträgen zur Arbeitszeitfrage (§ 3 des bisherigen Tarifs) unternehmerseitig nicht die geringste Rücksicht auf die ungeheure Arbeitslosigkeit genommen wird, daß im Gegenteil mit der Arbeitszeit aller Mitarbeiter in jedem Betrieb an jedem einzelnen Tage und in jeder Woche in ganz willkürlicher und rücksichtsloser Weise Schindluder getrieben werden und jeder Arbeiter zum Gelegenheitsarbeiter gestempelt werden soll, das ist, mit knappen Worten gesagt, nicht nur die Tendenz der Anträge der Unternehmer in § 2 ihrer Vorlage, sondern auch noch in andern Paragraphen. Wozu wir nicht verschweigen möchten, daß wir die Anträge der Prinzipalsvorlage zur Arbeitszeitfrage geradezu als eine besonders unverantwortliche Verhöhnung unserer arbeitslosen Berufsgehilfen beurteilen.

Nicht viel besser steht es mit den unternehmerseitigen Anträgen zur Lohnfrage (§ 4 des bisherigen Tarifs) laut § 6 der Vorlage des DBV. Das bisherige Resultat des Wochenlohns soll zunächst durch Vereinbarungsvertrag von Stundenlöhnen im Einzelarbeitsvertrag untergraben werden. Die Lohnabstufungen sollen nach unten erweitert, der Maschinenführerausschlag um die Hälfte und jener der Korrektoren um ein Drittel herabgesetzt werden. Die zentrale Festsetzung der Ortszuschläge soll freisweise „aufgelockert“ und der Entlohnung in andern Gewerben der einzelnen Orte „angepaßt“ werden. Die über tariflichen Lohnanteile sollen ohne Kündigung des Gesamtarbeitsvertrages mit nur wöchentlicher Auffündigung geändert werden können. Die Auszahlung des Lohnes soll nicht mehr während der Arbeitszeit, sondern in der Freizeit der Arbeiter erfolgen, die den Unternehmer in Wirklichkeit gar nichts angeht, sondern von ihm einfach ohne jedes Entgelt um des nackten Profits halber für die Erfüllung einer nicht nur materiellen, sondern auch moralischen Schuldverpflichtung in Anspruch genommen wird. Daß außerdem jede Schuldverpflichtung zur Lohnzahlung für vertraglich entgegengenommene Arbeitsleistungen von den Unternehmern nach Ziffer 11 ihrer Anträge zu § 4 des bisherigen Tarifs im allgemeinen binnen zwei Monaten und im Fall der Auflösung des Arbeitsvertrages sogar schon binnen zwei Wochen verfallen soll, sofern nicht innerhalb dieser Fristen der Anspruch auf dem Klageweg geltend gemacht wird, mag zwar gewisse juristische Grundfragen entsprechen, hat aber mit den sogenannten guten Sitten kaum noch etwas zu tun. Im ganzen beweisen gerade die Anträge zur Lohnzahlungspflicht eine Tendenz, die einem gerechten Preis für angenehme Dienstleistungen in ganz bedenklicher Weise widersprechen.

Die bezahlten Feiertage sollen nach den Anträgen der Unternehmer von bisher 8 auf höchstens 5 herabgesetzt werden. Daß die Unternehmer diese bezahlen und sie nicht auch noch auf die übrige wöchentlicher Arbeitszeit zusätzlich aufteilen wollen, könnte man nach dieser Großzügigkeit beinahe nur als Versehen bewerten. Daß aber auch sonst noch die Feiertagsbezahlung mit allerhand Schikanen beschnitten werden soll, ergibt sich aus den weiteren Einzelheiten der Prinzipalsanträge zu diesem Kapitel. Es lassen deutlich erkennen, daß ihren Urhebern auch nicht das

geringste Verständnis für die wirtschaftliche und soziale Lage ihrer betrieblichen „Mitarbeiter“ eigen ist. Das gleiche gilt für die Anträge bezüglich der Verpflichtung zu Nacht- oder Sonntagsarbeit und zu ihrer Entlohnung. Obwohl schon seit Jahrzehnten laut § 105a der Gewerbeordnung kein Arbeiter gegen seinen Willen zur Leistung von Sonntagsarbeit verpflichtet werden kann, glauben die Prinzipale nicht nur einen direkten Zwang dazu festlegen, sondern dazu auch noch die bisherigen tariflichen Entschädigungen für solche besonderen Leistungen wesentlich herabsetzen zu müssen. Alle Erschwerungen und persönlichen Behinderungen, die für solche außerordentlichen Leistungen in Betracht zu ziehen wären, werden nach diesen Anträgen so niedrig bewertet, daß man wohl mit Recht annehmen dürfte, daß die Antragsteller es in höchster Entrüstung von sich weisen würden, wenn man ihnen eine solche hemmungslose Spierung und Unterbewertung ihrer Freizeit auch nur annähernd persönlich zumuten wollte.

Auch die entschädigungspflichtige Dienstverhinderung gemäß § 616 BGB. (§ 7 des bisherigen Tarifs) soll durch weitere Einschränkungen noch mehr verhandelt werden. Die diesbezügliche Großzügigkeit geht sogar so weit, daß die bisherige an für sich schon beschränkte Entschädigungspflicht für Dienstverhinderung infolge Betriebsunfall wieder weggelassen soll. Nicht genug damit, daß der Arbeiter seine Gesundheit und gesunden Knochen den Betriebsgefahren im hauptsächlichsten Interesse der Unternehmer auszuweichen gezwungen ist, soll er künftig auch noch für den Fall ihrer Einbuße noch eine größere wirtschaftliche Schädigung auf sich nehmen. Deutlicher läßt sich die sogenannte gewerbliche Schiffsverbindenheit zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft, von der Vertreter des ersteren nicht selten zu reden wissen, wohl kaum noch illustrieren!

Und dann die Überstunden! Zunächst soll die bisherige Leistungspflicht trotz des ungeheuren Arbeitslosenens völlig unangetastet bleiben; darüber hinaus aber sollen die dafür bisher zu zahlenden Aufschläge wesentlich gekürzt und für jede Überstunde nur noch 20 Proz. des üblichen Stundenverdienstes mehr bezahlt werden, somit jede weitere Steigerung dieses Aufschlags unterbleiben. Wenn auch von follegalen und gewerkschaftlichen Gesichtspunkten aus im Hinblick auf die große Arbeitslosigkeit von unserer Seite auf die Höhe der Überstundenaufschläge grundsätzlicher kein besonderes Gewicht gelegt werden kann und soll, so ist und bleibt doch die Überstundenfrage für uns ein Angelpunkt, der ohne durchgreifendere Sicherung des Rechtes auf Arbeit unserer arbeitslosen Kollegen weder in seiner bisherigen Dehnbarkeit der jetzigen tariflichen Bestimmungen, noch in der persönlichen Leistungspflicht Zustimmung finden kann. Das sind alle noch in Arbeit stehenden Gehilfen ihren arbeitslosen Kollegen ohne weiteres schuldig!

Eine wesentliche Herabsetzung der Zahl der Arbeitstage und insbesondere die Verringerung der sogenannten Berufsferien strahlt dann aus der nächsten Perle der Prinzipalsanträge zu § 10 des bisherigen Tarifs hervor. Daß solche Verkirchungen der bisherigen tariflichen Bestimmungen bezüglich des Urlaubs von Seiten ausgehen, die für ihre eigenen Erholungsbedürfnisse nicht genug und nicht hoch genug bezahlte Ferien als unbedingt nötig und standesgemäß finden, gibt dieser Perle noch einen besonderen Glanz.

Wenden wir uns nach Betrachtung des allgemeinen Teiles der Tarifvorlage der Unternehmer den Sonderbestimmungen für Maschinenseher, Drucker und Stereotypen zu, so finden wir da auch so allerhand unternehmerseitige Zumutungen, von denen man nicht sagen kann, daß sie besonderer Erkenntnis der diesbezüglichen Möglichkeiten, Notwendigkeiten und Berechtigungen ihre Ent-

stehung verdanken. Sie laufen insgesamt auf erbitternde Schikanierungen und stärkere Ausbeutungen der davon betroffenen Hilfsgruppen hinaus. Sie nehmen vor allen Dingen nicht die geringste Rücksicht auf die gerade durch die technischen Fortschritte und durch den immer größer und leistungsfähigeren Produktionsapparat aus dem gewerblichen Produktionsprozess gestohlenen vielen Tausenden von Gehilfen in allen Sparten des Buchdruckgewerbes. Es wird aber nicht nur deshalb in allen diesen Spezialfragen am allerwenigsten so heiß geessen werden, wie diese Anträge gedacht sind. Daran werden selbst undefinierbare Kampfleistungen an dieser oder jener Meisterschule etwas ändern. Wir brauchen auf diesen Gebieten auch deshalb nicht auf Einzelheiten einzugehen, weil ohne weiteres damit zu rechnen ist, daß, wenn überhaupt ernsthafte Beratungen darüber in Gang kommen werden, in dem bekannten Ausgang des Hornberger Schießens ein klassisches Vorbild für den Ausgang auch dieser Spitzensetzungen tarifpolitischer Verirrungen schon längst vorhanden ist.

Nicht minder dunkle Punkte finden sich in den Anträgen des Deutschen Buchdrucker-Vereins zu den Verordnungsbestimmungen in § 23 des jetzigen Tarifs. Daß trotz der ungeheuren Belastung des Arbeitsmarktes durch jüngere Jahrgänge der Gehilfenschaft die Vorklassifikation verschlechtert bzw. die Zahl der Lehrlinge im Buchdruckgewerbe vermehrt und dadurch noch mehr junge Menschen als bisher um volle vier Jahre ihres Lebens ohne sichere Aussicht für spätere Lebensunterhalt als Buchdrucker gebracht werden sollen, ist weit schlimmer als nur tief bedauerlich. Daß diesen bedauernswerten jungen Menschen auch noch das Kostgeld um nahezu 50 Prozent gemindert werden soll, kann den düsteren Gesamteindruck dieser Tendenzen nur noch unterstreichen.

Die letzten Anträge des DBV, zu den sogenannten Tariforganen enthalten zwar nicht viel wesentlich Neues. Was neu ist, verschleierte nur weitere juristische Fingergelänge, läuft teilweise auf eine „Arbeitsbeschaffung“ für besondere Rechtsgelehrte hinaus mit gleichzeitiger Befastung beider Tarifparteien und erfolgloser Kläger auf beiden Seiten mit den daraus entstehenden Kosten.

Aus den Anträgen unseres Verbandes spricht der klare und deutliche Wille, sich auf das nötige in dieser schweren Zeit zu beschränken. Angesichts dieser unüberbrückbar erscheinenden Gegensätze besteht über Verkauf und Ergebnis der Verhandlungen größte Ungewissheit. Der Versuch, das Resultat zu einem solchen zu gestalten, daß die Mehrheit der Kollegenschaft bei der jahresgemäß vorgeesehenen Urabstimmung mit noch stets bewährtem gegenseitigen Vertrauen zu gegebener Zeit ihre maßgebende Entscheidung fällen kann, wird aber trotzdem auf alle Fälle unternommen werden!

Planwirtschaft

Es nimmt kein Wunder, daß heute wieder das Wort „Planwirtschaft“ in den breiten Massen Fuß gefaßt hat — nachdem es schon einmal kurz nach der Revolution in den wirtschaftspolitischen Debatten eine große Rolle spielte. Die Wirtschaftsstandale und der Bankenkrieg des Vorjahres haben auch dem unpolitischen Menschen mit Nachdruck die Schäden und Widersprüche der heutigen Wirtschaftsordnung aufgezeigt und weit über die sozialistische Bewegung hinaus das Leben nach einer andern, „besseren“ Wirtschaft lebendig werden lassen. Das Wort „Planwirtschaft“ ist zu einem Glauben geworden, zu einem Hoffnungsstrahl in der Wirnis der Gegenwart. Die Planwirtschaft soll heraushehlen aus der Not unserer Tage. Sie gilt manchen als ein Wundermittel, ist vielfach nur ein Schlagwort, an das man sich klammert, statt ein bewußtes, durchdachtes Ziel, auf das man hinarbeitet. Darum ist es zu begrüßen, daß in diesen Tagen eine Schrift von Emil Lederer: „Planwirtschaft“ (Mohr, Tübingen, 1,20 M.) erschienen ist, die dem Begriff Leben und Inhalt gibt. In Anlehnung an diese Veröffentlichung seien einige der wesentlichsten und aktuellsten Probleme besprochen.

Planwirtschaft ist zentrale Leitung der Gesamtwirtschaft nach einem einheitslichen Wirtschaftsplans durch die Gesellschaft mit dem Ziel planmäßiger Bedarfsdeckung. „Die wichtigste Aufgabe jeder Planwirtschaft ist — neben der Entfaltung der Produktivkräfte — die Verteilung des immer beschränkten Sozialprodukts. Sie geht daher auf das Ganze der Wirtschaftsstruktur und muß dieses zu beeinflussen suchen.“ Man kann zwar einzelne Produktionszweige zu sozialisieren suchen — was sehr wichtig und notwendig ist. Das ändert aber zunächst nur am Kapitalverhältnis etwas, im übrigen muß sich dieser Einzelproduktionszweig der kapitalistischen Marktwirtschaft „anpassen“. Erst durch größere Ausdehnung sozialisierter Wirtschaftszweige ergibt sich Möglichkeit und Notwendigkeit eines Gesamtwirtschaftsplans. Bis dahin aber ist ein weiter Weg, dessen Beschränkung von politischen Machtverhältnissen abhängt. Solange aber nicht größere Teile der Wirtschaft sozialisiert sind, können einzelne Produktionszweige, in denen das vielleicht der Fall ist, nicht zur Grundlage planender Handelns gemacht werden. Denn Planwirtschaft ist immer auf die Gestaltung der gesamten

Produktion und der Gesamtversorgung gerichtet, muß also tunlichst an zentralen Punkten ansetzen.

Grundsätzlich sind also kapitalistische Verfehrswirtschaft und sozialisierte Planwirtschaft einander ausschließende Gegenläufer, denn die letztere legt die Verteilung der ersten voraus. Aber in der Wirklichkeit können sie sich sehr wohl einander begegnen — weil jede Entwicklung zu Neuem an das Alte anknüpfen muß. So gibt es planwirtschaftliche Eingriffe in das bestehende System, ist es doch klar, daß die Entwicklung zur Planwirtschaft einen weiten Weg durchzumachen hat, einen Weg, den wir heute schon ein tüchtiges Stück beschritten haben.

Denken wir z. B. an die kommende Wasserversorgung. Sie ist — nach Lederer — die planwirtschaftlich sicher gestellte Befriedigung eines wichtigen Bedürfnisses. „Wenn hierbei vollends der Preis nicht von der Menge des konsumierten Wassers, sondern von der Miete (also im Durchschnitt von der Leistungsfähigkeit des Konjumenten) abhängig gemacht wird, so liegt hier eine gemeinwirtschaftliche Preisbildung vor, deren Eigentümlichkeiten sich eben die kapitalistische Wirtschaft längst angepaßt hat. Es wäre ebenso möglich, andre Effizientialbedürfnisse gemeinwirtschaftlich, nach einem Plan, zu befriedigen, wobei die Kosten aus Steuereinnahmen bestritten würden.“ Partielle Planwirtschaft ist also möglich, wo es sich um Gravierende oder verbilligte Abgabe von Leistungen handelt. Der Gesamtwert des privatwirtschaftlichen Kapitals verringert sich dadurch. In diesen Wirtschaftszweigen entstehen kein privates Vermögen mehr; aber die kapitalistische Wirtschaft selbst würde deshalb noch nicht aufhören zu funktionieren. Betont muß aber werden, daß dies nur bis zu einem bestimmten Grad möglich ist, daß es sich hier eben nur um teilweise, beschränkte Planwirtschaft, nur um Ansätze zu einer umfassenden Planwirtschaft handelt.

Neben diesen positiven planwirtschaftlichen Eingriffen in das bestehende Wirtschaftssystem, die es auszugestalten gilt, gibt es heute vor allem negative, die sich aus den Besonderheiten der Entwicklung unserer Wirtschaft und den Besonderheiten der jetzigen Krise ergeben. Die wirklich freie Wirtschaft verläuft in einem Automatismus, der im Zweckfall so funktioniert, als ob ihm ein Plan zugrunde läge, ein „Plan“ allerdings, der in seinem Kreislauf zu größten Ungleichheiten der Güterversorgung, zu Konjunktur und Krisen führt, die die Tendenz haben, sich zu verschärfen, weil die Kapitalverluste in der Depression bei Steigerung der Anlagwerte immer schwerer werden. Trotz dieser Nachteile funktionieren dieser Prozeß bisher. Heute aber ist er gestört, was nach Lederer weniger seinen inneren Widersprüchen, als vielmehr wesentlich den politischen Hemmungen im Waren- und Kapitalverkehr zuzuschreiben ist, die den Automatismus „ablenken“, „verfälschen“. Diese politischen Hemmungen sind gewiß nicht zu unterschätzen; denn kein moderner Staat kann, vor allem im Interesse der munterbemittelten Schichten, die Wirtschaft sich „frei“ entwickeln lassen, weil die Opfer der immer größeren Wirtschaftszusammenbrüche die Massen und schließlich auch der Staat sind. So muß er regulierend in den Gang der Wirtschaft eingreifen — und da das meist notgedrungen, ohne Plan, nur „national“, nicht nach internationalen Gesichtspunkten geschieht, da zu alledem Krieg, Inflation und Reparationen mit ihren Folgen hinzukommen, waren „Störungen“ des privatkapitalistischen Kreislaufs die Folge. Andererseits muß doch aber betont werden, daß es nicht nur politische Maßnahmen sind, die dieses glatte Funktionieren gestört haben. Dieser Kreislauf ist vielmehr durch die Wirtschaft selbst gestört worden, deren Kartellierung und Vertiefung, deren Politik „gebundener Preise“ den Automatismus unterdrück. Das macht die Krise so schwer; als Antwort ruft jede Industrie nach Protektionismus, nach Subventionen und staatlichem Schutz — und fällt so selbst ihrem Prinzip der Wirtschaftsfreiheit (auf dem sie bisher der kapitalistische Wirtschaftskreislauf aufbaute) in den Arm.

„Jeder Eingriff in diesen falligen Automatismus zur Wiederherstellung des „richtigen“ Zirkulationsprozesses wirkt also wie ein planwirtschaftlicher Eingriff, und ist auch ein planwirtschaftlicher Eingriff eben im Sinne jenes in den Prozeß freier Konkurrenz hineingedachten Automatismus.“ Die meisten heutigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen sind in der Tat darauf gerichtet, den sowohl durch politische Maßnahmen als durch die Entwicklung der Wirtschaft selbst gestörten Automatismus der freien Konkurrenz wieder herzustellen. Man braucht in diesem Zusammenhang nur an die Miete Notverordnung mit ihren Preis-, Lohn- und Zinsentzugsvorschriften zu denken. Derartige negative Maßnahmen könnten zugleich den Anlaß zu einer gesamtwirtschaftlichen Planung in sich schließen und Anknüpfungspunkte, Ausgangssituationen dafür schaffen.

„Will man die Gesamtwirtschaft planmäßig lenken, so bedarf es der zentralen Organe, mit denen man das Ganze der Wirtschaft erfassen kann. In der modernen kapitalistischen Wirtschaft gibt es aber nur eine Institution, die ökonomisch zentral alle Wirtschaftsvorgänge in sich birgt und beeinflusst: das Geld- und Kreditssystem. Die Organe des Geld- und Kreditverkehrs sind daher die gegebenen Mittel dafür, um auf die Gesamtwirtschaft und nicht bloß auf einzelne Produktionszweige einzuwirken.“ Lederer betont hier richtig: das gesamte Geld- und Kreditssystem sei dies Mittel; denn die Zentralnotenbank allein genügt dazu nicht mehr. Ursprünglich waren ja die Zentralnotenbanken die einzigen Stellen, die durch Ausgabe von Banknoten eine Kreditvermehrung in erheblichem Umfang vornehmen und damit sowie in Verbindung mit der Diskontpolitik die Wirtschaft regulierend beeinflussen

konnten. Auch die Privatbanken vermochten immerhin durch Akzeptierung von Wechseln den Kredit auszuweiten. Da sie aber zur Diskontierung von Wechseln stets auf die Zentralnotenbank zurückgreifen mußten, fiel das nicht so ins Gewicht. Durch den Übergang zum bargeldlosen Zahlungsverkehr änderte sich das aber. Dieser nahm im Bankwesen einen großen Umfang an, und damit wurden die Privatbanken weitgehend Träger der Geldschöpfung und — volkswirtschaftlich gesehen — zu Notenbanken. Die Geldmenge und Kreditmenge kann sich also — je nach der Zunahme des bargeldlosen Zahlungsverkehrs — vermehren oder vermindern, ohne daß sich dies im Noten-Umlauf auswirkt. Die Diskontpolitik reicht also nicht mehr zur Regulierung der Geld- und Kreditwirtschaft aus. Daraus ergibt sich als Konsequenz, daß es nicht mehr genügt, wenn die Gesamtheit einen Einfluß auf die Zentralnotenbank hat. „Wenn die Kontrolle der Notenbank nicht mehr das Getriebe des Kreditwesens zu erfassen vermag, so muß dieses direkt Objekt der Wirtschaftspolitik werden.“ Nur wenn sich der Einfluß der Gesamtheit auf das ganze Kreditwesen erstreckt, wenn er insbesondere die Geschäftstätigkeit der Kreditbanken, die Bestimmung der Kreditmenge und die Leitung des Kredits erfäßt — kann eine Planwirtschaft im Geld- und Kreditwesen durchgeführt werden.

Eine derartige Planwirtschaft ergibt sich daher heute als zentrale wirtschaftliche Forderung. Zu diesem Zweck ist ein zentrales Kontrollorgan zu schaffen, das in Zusammenarbeit mit der Reichsbank breite Eingriffsmöglichkeiten in die Bankpolitik haben muß. (Der Bankenkommisär könnte vielleicht ein erster Anknüpfungspunkt in dieser Richtung sein.) Jede Geld- und Kreditpolitik löst heute wirtschaftliche Wirkungen größten Umfanges aus, die von dem öffentlichen Kontrollorgan wohl überdacht werden müssen. In normalen Konjunkturzyklen müßte — nach Lederer — das Schwergewicht darauf gelegt werden, Umfang und Richtung der Investitionen zu begrenzen, Kapitalleistungen zu verhindern, die Kreditgewährungen hier einbinden, an anderer Stelle dagegen zu beleben. Voraussetzung für eine derartige Kreditkontrolle und Kapitallenkung ist, daß die planwirtschaftliche Zentralstelle alle Informationen erhält und so einen Gesamtüberblick über die Entwicklungsstendungen und -möglichkeiten in der Wirtschaft bekommt. Auf diese Weise führt Kreditkontrolle notwendig zur Produktionskontrolle bzw. zur planmäßigen Gestaltung der Produktion.

In der heutigen Situation könnte das Ziel planwirtschaftlicher Maßnahmen darin bestehen, die Ausgangssituation für eine Konjunkturbelebung zu schaffen und diese im Rahmen des Möglichen bewußt einzuleiten. Lederer glaubt, daß der erste Beginn einer Belebung in der Konjunkturgüterindustrie zu erwarten ist.

„Ganz gleich, wie man dazu kommen mag, die Notwendigkeit besteht, durch planwirtschaftliche Maßnahmen passiver oder negativer Natur aus der Wirtschaftskrise herauszukommen.“ Die heutige Krise ist bereits eine „manipulierte“, aber die staatlichen Stellen „manipulieren“ nur widerwillig. Sie möchten dem kapitalistischen System nicht wehe tun. Darum sind ihre „planwirtschaftlichen“ Maßnahmen meist negativer Art. Sofern sie zur Verringerung der Arbeitslosigkeit beitragen, begrüßen wir sie. Aber darüber hinaus ist es notwendig, die Möglichkeiten zu ergreifen, die in der heutigen Wirtschaft für positive planwirtschaftliche Maßnahmen vorhanden sind. Unter Betrachtung (wir konnten nur einige Probleme der sehr empfehlenswerten Ledererschen Schrift berühren) hat gezeigt, daß im Geld- und Kreditwesen derartige Möglichkeiten planwirtschaftlicher Gestaltung vorliegen, daß hier ein zentraler Anknüpfungspunkt gegeben ist, an dem es notwendig ist, den politischen Gestaltungswillen der Arbeiterbewegung einzusetzen. Wenn das heute gelingen würde, so wäre ein wichtiger Schritt auf dem Wege zu einer voll durchgeführten Planwirtschaft getan.

Kurt Hirsch

Das Buchgewerbe im Ausland

Internationales Buchdruckersekretariat

Sitzung der Sekretariatskommission vom 10. März 1932

Das Sekretariat teilt mit, daß der belgische Verband auf die Abhaltung eines neuerlichen außerordentlichen Kongresses verzichtet habe, da sich die disidente Buchdruckersektion von Brüssel unangenehm zeige; ferner wurde berichtet, daß der ungarische Verband eine neuerliche Änderung getroffen hat in der Vereinbarung über die verkürzte Arbeitszeit (allgemein sechs Stunden) und über das Verbot der Lehrlingseinstellung; zwei auswärtige Mitglieder der Erweiterten Sekretariatskommission äußerten sich in zukunftsweisendem Sinne zur Hinausschiebung der Sitzung der „Erweiterten“, die Darlehns- und die Beitragsfrage zugunsten eines Verbandes gelten als erledigt.

Der internationale Sekretär gab einen gedrängten Bericht über den Kongreß des jugoslawischen Verbandes in Zagreb, soweit dieser nicht schon erschienen ist, und beleuchtete die wirtschaftliche und politische Lage einiger Staaten Südosteuropas.

Der holländische Verband berichtete, daß infolge merklichen Sinkens des Lebenshaltungsniveaus auch die Löhne um ein wenig zurückgegangen seien. Die Krise verschärft sich auch im holländischen Buchgewerbe. Der Verband bereitet sich vor auf hartnäckige Kämpfe zur Verteidigung seiner Positionen.

Der kleine, aber rührige Verband der Bucharbeiter im Memelgebiet steht vor einer Tarifverneuerung, da die Prinzipale den bestehenden Manteltarif auf 31. März gekündigt haben. Das Verbandsgebiet ist mit sofortiger Wirkung für

Zu- und Durchreisende gesperrt worden. Zur Verhinderung von Annehmlichkeiten für landesfremde Kollegen wird der Verband mit Hilfe des Internationalen Sekretariats sein Gegenseitigkeitsverhältnis mit einem benachbarten Verband regeln. In diesem Zusammenhang ersucht die Sekretariatskommission die angeschlossenen Verbände neuerdings dringend, den internationalen Statuten, Art. 17, lit. h, Folge zu geben und ihre Gegenseitigkeitsverhältnisse mit allen Verbänden zu regeln.

Die Kommission nahm Kenntnis davon, daß der österreichische Reichsverein vom 1. März 1932 ab seine Grenzen gesperrt hat und das Viaticum aufheben mußte; diese Maßnahme mußte als Folge der 30 Proz. der Mitgliedschaft betragenden Arbeitslosigkeit und der daherigen ungeheuren finanziellen Beanspruchung wegen getroffen werden. In diesem Zusammenhang wird in Aussicht genommen, die Frage des Viaticums allgemein vor die Erweiterte Sekretariatskommission zu bringen.

Der österreichische Reichsverein ladet das Internationale Sekretariat zu seiner vorzeitig auf den 3. April nach Wien einberufenen ordentlichen Generalversammlung ein, die wichtige Beschlüsse zu fassen haben wird. Die Kommission dankt für diese Einladung und beauftragte den internationalen Sekretär mit der Vertretung des Sekretariats.

Die auswärtigen Mitglieder der Erweiterten Sekretariatskommission werden schriftlich über einige Fragen (Verkürzung der Arbeitszeit usw.) orientiert und um ihre Meinungsäußerung ersucht werden.

Bei Anfaß der Tagung des IGB in Bern werden die drei Internationalen Sekretariate des graphischen Gewerbes vertreten sein. Es ist für den 15. März eine gemeinsame Sitzung der drei Sekretariate vorgesehen, die die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit, die Vereinheitlichung der internationalen Streikunterstützung, die Lage in verschiedenen Ländern, die Verhältnisse bei den Industriebetrieben und andre Fragen gemeinsamen Interesses zu behandeln haben wird.

Im Laufe der Tagung des IGB in Bern wird eine Besprechung der drei Sekretariate mit den Vertretern des Internationalen Arbeitsamts bezüglich der Verkürzung der Arbeitszeit stattfinden.

Das Programm und die Tagesordnung der Sitzungen des IGB wurden besprochen. Es soll dahin getrachtet werden, daß die drei Internationalen Sekretariate des graphischen Gewerbes zu den Fragen des IGB. eine einheitliche Stellung einnehmen.

Infolge strenger einschränkender Vorschriften im Geldverkehr mit dem Ausland werden verschiedene Verbände Schwierigkeiten haben, ihren ordentlichen Jahresbeitrag für 1932 an das Internationale Sekretariat abzuführen. Alle diese Verbände werden ersucht, schon vor Ausschreibung des Beitrags durch wiederholte Montozahlungen an das Sekretariat die Begleichung des auf sie entfallenden Betrags innerhals einer angemessenen Frist zu ermöglichen. Der Beitrag wird sich sehr wahrscheinlich auf der gleichen Höhe bewegen wie 1931.

Polen. Das Jahr 1931 war, schreibt das Verbandsorgan, ein Jahr ständigen Niedergangs auf allen Gebieten des graphischen Lebens. Die Arbeitslosigkeit stieg zusehends. Während am Jahresanfang etwa 1300 arbeitslose und einige hundert kurzarbeitende Mitglieder gezählt wurden, waren am 1. Oktober in 12 Verbandsbezirken etwa 1500 arbeitslose und 538 kurzarbeitende Mitglieder zu verzeichnen. Somit war jedes dritte Mitglied ohne regelmäßige Beschäftigung. An manchen Orten erreicht die Zahl der Arbeitslosen die der Beschäftigten, wie beispielsweise in Lemberg, wo Ende November auf 500 gelernte Arbeiter 249 Erwerbslose entfielen. Die immerwährend steigenden Unterstützungssummen rissen deshalb in alle Verbandsklassen ein derart großes Loch, daß nur eine Beschneidung der Unterstützung und eine Er-

Sechzig Jahre Verbandsmitglied



Albert Groth in Berlin
Eingetreten: 13. März 1872 — Jetzt Invalide

Fünzig Jahre Verbandsmitglied



Rich Bernhard in Hagen i. W.
Eingetreten: 25. Januar 1882
Druckerei der „Hagen. Zeitung“



Lorenz Schingen in Düren
Eingetreten: 12. März 1882
Fest, Druckerei



Wilhelm Meyer in Gotha
Eingetreten: 18. März 1882 — Druckerei Julius Perthes

höhung des Beitrags einer völligen Erschöpfung Einhalt gebieten konnte. Der Lokal- und Verbandsbeitrag beträgt jetzt stellenweise 12 Floty je Woche, dazu eine Extrabeitrag von 1 Proz. je 20 Floty Lohn. Die Beitragsfrage wurde endlich durch ministerielle Verordnung einigermaßen zufriedenstellend geregelt. Im letzten Vierteljahr trat ein Zollgesetz in Kraft, das alle im Ausland hergestellten und nach Polen eingeführten Druckmaschinen in polnischer Sprache besteuert. Von diesen beiden Gesetzen erhofft man einen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Die Löhne wurden allenthalben abgebaut. Der Rückgang schwankt zwischen 5 und 10 Proz. Die Forderung des Verbandes, die Arbeitszeit zu verkürzen, fand nur teilweise Erfüllung. Die Regierung erließ eine Novelle zum Arbeitszeitgesetz, worin sie das Recht zur Verkürzung der Arbeitszeit zuerkennt. Sie will die Vollbeschäftigten weniger arbeiten lassen und für diese Zeit Arbeitslose einstellen. Hierbei kommt gewöhnlich ein Wochenarbeitsstag in Frage. So verfahren übrigens die vollbeschäftigten Kollegen freiwillig schon seit längerer Zeit. Dieses Krümpersystem wurde jetzt in Warschau tariflich festgelegt. Ein Tag in der Woche bleibt den Arbeitslosen vorbehalten. Die reguläre Arbeitswoche beträgt somit fünf Tage. Das Los der arbeitslosen Kollegen wurde noch dadurch verschlechtert, daß die Bezugsdauer der gesetzlichen Erwerbslosenunterstützung von 17 auf 13 Wochen reduziert wurde. — Zum Abschluß der neuen Lohnordnung für Warschau, die bis zum 15. Juli läuft, ist noch nachzutragen: Das Minimum wurde auf 130 Floty herabgesetzt. (Die Prinzipale verlangten 115 Floty.) Der Zuschlag für Zeitungsseher beträgt 10 Proz., für die zweite Schicht (ab 7 Uhr) 30 Proz. Die Verschlechterungen mußten zwangsläufig hingenommen werden insofern der allgemeinen unerfüllten Verhältnisse sowie auch insofern der Misere einer berufsmäßiger Streikbrecher, die sich zu einem Vereinigen zusammengesetzt haben und nun als selbständige Organisation auftreten, aber nur zugunsten der Prinzipale. — In Krakau ist nach langwierigen Verhandlungen die Lohnordnung bis zum 30. Juni erneuert worden, jedoch mit einer zehnprozentigen Verschlechterung des Minimums. Außerdem wurde der Zuschlag für Maschinenseher auf 20 Proz. herabgedrückt. Dieser Lohnabbau war auch hier durch die allgemeine Zwangslage bedingt, zumal die Prinzipale mit allen Mitteln auf einen tariflosen Zustand hinarbeiteten, um hernach das Personal besser ausbeuten zu können. — In Schlesien besteht schon seit dem 1. Juli v. J. ein tarifloser Zustand. Nach vielen Sitzungen und beschwerlichen Verhandlungen wurde das Minimum von 103,40 auf 98 Floty herabgesetzt und die fünfprozentige Kleiberzulage für Drucker abgeschafft. Wegen der schlechteren Verschlechterung kam es in vielen Betrieben zu Arbeitseinstellungen, was zur Folge hatte, daß die Prinzipale die Beschlüsse der Tarifkommission für ungültig erklärten. Der tariflose Zustand trat damit mit den alten Löhnen wieder in Kraft. Jetzt sollen neue Verhandlungen eingeleitet werden, die nach allgemeiner Erwartung den endgültigen Abschluß bringen. — Gegen die hohen Papierpreise, die insbesondere das Buch übermäßig verteuern, wandte sich neuerdings der Verband der Zeitungsverleger. Obwohl der Rohstoff zur Papierfabrikation gerade in Polen im Überfluß gedeiht, sind die Papierpreise seit 1926 nur um 10 Proz. gefallen, dagegen in Deutschland, Schweden und Finnland um 28 Proz., während wiederum die Weltmarktpreise nach Angaben der „Paper World“ in den letzten zehn Jahren sogar um 61 Proz. zurückgegangen sind. In Polen ist der Rohstoff leistungsfähig um 52 Proz. billiger geworden. Trotzdem blieben die Preise für Zeitungspapier auf der alten Höhe. Deshalb verlangen die Zeitungsverleger eine genaue Untersuchung der Produktionsbedingungen aller Papierfabriken. Die Papierfabrikanten machen auch wirklich glänzende Geschäfte, denn die Dividende geht bis 70 Proz. Danach kann man die Bewahrung der papierverarbeitenden Bevölkerung bemessen.

Zur Erinnerung an Goethe

Jenen Kampf des Lebens, wo es sich um die Erwerbung des täglichen Brotes handelt und der uns Arbeitern und auch einem großen Teil unrer Geistesheroen nicht erspart worden ist, den hat Goethe nicht gekannt. Er war der Sohn wohlhabender Eltern in Frankfurt a. M. Neben dem würdigen Vater hatte er eine geistreiche Mutter. Ihm war ein schöner und kräftiger Körper verliehen, der ihn überall den Menschen empfahl und dessen Kraft bis ins hohe Alter vorhielt. Sein Geist faßte mit Leichtigkeit auf, was seine Aufmerksamkeit an sich zog. In die großen Gebiete mancherlei Wissenschaft und Kunst drang er mit einem Forschergeist ein, wie selten einer. Der geistvolle junge Herzog Karl August von Weimar zog ihn, 23jährig, in weimarischen Staatsdienst. Hier war er Legationsrat, Geheimrat, Kultusminister, Rammpräsident und wurde 1782 geadebt. Anerkennung, Ruhm in weiten Kreisen, die so manchen Menschen erst zuteil geworden sind, wenn ihr Herz erst im Grabe ruft, hat sich Goethe viele Jahre seines Lebens freuen können.

Im Jahre 1749 wurde er geboren. Er studierte in Leipzig und Straßburg fast alle Gebiete der Wissenschaften. In Straßburg lernte er den jungen Geistlichen Herder kennen. Der „Heide“ Goethe tritt mit dem erst 26jährigen Theologen in einen regen geistigen Verkehr, der für den jungen Goethe in einem wirkungsvollen Leben nicht ohne Einfluß blieb. Mit vielen ausgezeichneten Menschen trat Goethe in jungen Jahren in Verbindung. Schon früh war es ihm Bedürfnis zu dichten, seine Gedanken und Empfindungen niederzuschreiben. Was seine Seele erfüllte, dem mußte er auch in der Jugend schon Gestalt geben (Bekanntschaf-

mit Charlotte Buff: „Werthers Lotte“). Viel schrieb der junge Goethe, vernichtete es wieder oder ließ es lange Jahre unberührt liegen (Kauf); denn es genigte ihm nicht mehr. Er wußte, er könne und mußte es besser machen. Als Vierundzwanzigjähriger gab er das Ritterhausspiel „Göz von Berlichingen“ in Druck. Ganz Deutschland, soweit es leselundig war, las, so verschlang es. Bald darauf (1774) erschien Goethes Roman: „Werthers Leiden“. Nun schwärmte alles, was Bücher las, für die Leiden unglücklicher Liebe. Viele tausend Frauenaugen weinten; es erschloß sich auch wohl mancher junger Mann, den die Geliebte nicht erhörte. Goethe aber war solche Gedanken los, die ihn auch wohl angewandelt hatten; er hatte sie in seinem Buch niedergelegt. Napoleon selbst hat „Werther“ siebenmal gelesen und das Buch nach Ägypten mitgenommen.

Goethes Größe, die nur wenige erreicht haben, besteht darin, daß er sich in den Gegenstand, der gerade seine Seele beschäftigte, verfenkt. Wenn er dann seine Gedanken niedergeschrieben hat, ist ein wirkliches Abbild seines Lebens entstanden. Dies ist die Objektivität, welche man stets an Goethes Werken bewundern wird. Dies macht auch seine kleineren Dichtungen, seine Lieber, so wunderbar. Goethes Schöpfungen sind der wahre Ausdruck der Empfindung, die sie eben ausdrücken sollen. Sie sind nicht nur gebildet, nicht gemacht, sie sind aus des Dichters Seele gequollen, wie der Bach aus dem Berg.

Der junge Goethe war schon vom ganzen Völkler Isenden Deutschland bewundert, als er nach Weimar kam. Hier, in „Im-Atthen“, bestand zwischen dem Herzog Karl August und Goethe mehrere Jahre lang, solange die brauende Jugend wahrte, ein seltenes Verhältnis. Der junge Frlitz und der Bürgersohn hielten gegen die Hofdamilla wie

Brüder zusammen und, wie man sagen kann, sie tobten sich gemeinschaftlich aus.

Hier in Weimar hat nun Goethe gewohnt, geschrieben bis in das späte Ende seiner Tage, nur daß sich manche Reife in diesen weimarischen Aufenthalt hineinlegte, z. B. ein längerer Aufenthalt in Italien.

Goethe war als Staatsbeamter tätig, ein Fürstentknecht war er nie, forschte, studierte, schrieb und dachte dabei fleißig weiter. Er erkannte, daß es dem Menschen recht heilsam ist, wenn er nicht bloß nach seiner Herzensneigung geistig zu schaffen, sondern wenn er im wirklichen Leben auch tüchtig zu arbeiten hat.

Vieles hat Goethe in Weimar geschrieben. Neben vortrefflichen Schauspielern, „Egmont“, z. B. die tiebliche Dichtung aus dem bürgerlichen Leben, die heute wohl in fast allen Volksschulen Deutschlands gelesen wird: „Hermann und Dorothea“.

Eine Dichtung, in welcher Goethe den Drang des Menschengeistes, über die Grenzen, an welchen seine Kraft steht, immer noch weiter hinauszutreiben, wunderbar abmalt, ist die Traggdie „Faust“, dessen zweiten Teil er im Jahre 1831, im hohen Alter, kurz vor seinem Lebensende, vollendet hat. Er stellt darin sein eignes innerstes Seelenleben dar.

Neben dem dichterischen seelischen Ausdruck zog ihn jedes Fach des menschlichen Wissens, Könnens und Fortschens an. So war er in der Naturwissenschaft ein fleißiger Forscher. Goethe entdeckte im 33. Lebensjahre in der oberen Kinnlade des menschlichen Schädels den Zwischenkiefer (Intermaxillarknochen, nach seinem Entdecker auch „Goetheknochen“ genannt), den man bis dahin an den Tieren

Korrespondenzen

Bauhen. (Handseher.) Am 6. Februar hielt unsere Vereinigung ihre Jahreshauptversammlung ab. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen gab Kollege Hartmann den Jahresbericht. Auch in diesem Jahre konnten wir unsere gewerkschaftliche Bildungsarbeit fortsetzen. Von der großen Arbeitslosigkeit ist nun fast die Hälfte der Mitglieder unserer Vereinigung betroffen. Wir waren deshalb gezwungen, etwas sparsamer mit dem Geld umzugehen. Im Herbst führten wir einen Berechnungsfahrt, mit dem Kollegen Hoffmann (Dresden) als Leiter, durch. Er wurde an vier Sonntagvormittagen unter reger Beteiligung der Kollegen abgehalten. Durch die mit dem Bildungsverband gebildete Arbeitsgemeinschaft konnten wir unsern Mitgliedern außerdem noch einen Fernkurs für und die Beschäftigung der Farbenfabrik Baer in Radebeul ermöglichen. Kassierer Kruschwitz konnte über einen guten Abschluß der Kasse berichten. Der Vorstand sah sich veranlaßt, den Beitrag von 15 auf 10 Pf. herabzusetzen. Die anwesenden Kollegen waren auch alle damit einverstanden. Der bisherige Vorstand wurde, mit Ausnahme eines Kassierers, wiedergewählt. Nach Erledigung einiger Anträge und Bereinsangelegenheiten fand die gut verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Böhm. Unsere Versammlung am 13. Februar erzielte sich eines guten Besuchs. Die vom Vorstand gemeinsam mit den Spartenvorständen ausgearbeiteten Verbesserungsvorschläge für die bevorstehenden Manteltarifverhandlungen wurden von der Versammlung gutgeheißen. Durch die Konzentration der sozialistischen Parteifläche, die zur Verschmelzung des hiesigen mit dem Dortmunder Parteibetrieb führte, wurde unser Ortsverein hart betroffen. Nach Übernahme von 4 Kollegen blieben 15 auf der Strecke. Hierbei hat man den Weg gezeigt, wie man langjährige Verbandsfunktionäre, die den gewerkschaftlichen Standpunkt auch in SPD-Betrieben vertreten haben, erzieht. Glaubt man aber, durch solche Maßnahmen die Einheitsfront aller Arbeitenden wiederherzustellen, so ist hierdurch bei der Böhmer organisierten Kollegenarbeit gerade das Gegenteil erreicht worden. Mit Recht forderte die Versammlung den Ausschluß solcher Personen aus der Organisation, die auf Grund ihrer „geborenen“ Stellung die tariflichen und organisatorischen Grundbedingungen außer acht lassen. Nach Entlassung des Kassierers wurde, mit Ausnahme des zweiten Vorsitzenden, der nach Verlust seiner Arbeitsstelle zur Arbeitslosigkeit in die Heimat gezwungen war, der gesamte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Nachdem noch die Neu- bzw. Wiederwahl der Kommissionsmitglieder vorgenommen und das alte Vereinsstatut bestätigt worden war, fand die antugend verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Dresden. (Schriftgießer.) Unsere Jahreshauptversammlung am 6. Februar behandelte einigendens für das Schriftgießergewerbe am 23. Januar gefällten Schiedspruch. Auf Grund der Viererten Notverordnung wurde das Lohnabkommen vom 1. Januar 1932 der Lohnordnung vom 23. September 1925 zugrunde gelegt. Besonders schwer wurde empfunden, daß mit dem Abbau der Löhne auch der Überlohn, der prozentual geregelt ist, herabgesetzt wird. In seinem Jahresbericht schilderte der Vorsitzende nochmals die sehr trostlosen Verhältnisse im Reich. Die anhaltende allgemeine Wirtschaftskrise legte der Arbeiterklasse im Schriftgießergewerbe weitere schwere Opfer auf. Der daniederliegende Geschäftsgang sowie die technische Entwicklung im Buchdruckgewerbe, besonders im Galmaschinen, tragen ebenfalls zur Arbeitslosigkeit im Gewerbe bei. In Dresden konnte trotz zweimaliger Verhandlung vor dem Gewerbeamt nicht verhindert werden, daß statt Kurzarbeit im Betrieb einzuführen, Entlassungen vorgenommen wurden. Der Mitgliederstand sank von 114 auf 95, die 19 Mitglieder schieden aus, teils durch Abreise und Abgang vom Beruf. Am Ende des Jahres zählten wir als arbeitslos 20 Diebst., 5 Schriftführer und 10 Höher sowie 12 Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Die Führung der Kassenbücher wurde für gut befunden. Der bisherige Vorstand wurde bis auf den Schriftführer, der freiwillig ausschied, wiedergewählt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten und der Aufforderung, die Veranlassungen der Spartenverbände mehr als bisher zu unterstützen, wurde die Versammlung geschlossen.

Essen. Unsere gut besuchte Jahreshauptversammlung am 7. Februar erzielte ihre reichhaltige Tagesordnung in ungefähr vierstündiger Dauer. Gingen auch bei verschiedenen Punkten die Meinungen hart auseinander, so kann doch abschließend bemerkt werden, daß die übergroße Mehrheit der Kollegen die Auffassungen des Vorstandes billigten, wie auch dessen Anträge zustimmten. Unter „Geschäftlichen Mitteilungen“ brachte der Vorsitzende ein Rundschreiben des Gewerkschaftsverbandes, wie auch des DGB, zur Kenntnis, die sich mit der Bildung der „Eisernen Front“ befassen und zur Einreichung in diese auffordern. Kollege Böhnig erläuterte den Zweck der Eisernen Front. Es gehe schließlich um das Sein und Nichtsein der Gewerkschaften, daher sei es Pflicht eines jeden Gewerkschaftlers, sich dieser zur Verfügung zu stellen. Sodann erstattete der Vorsitzende einen erschöpfenden Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. Ausgehend von dem ungerechten Friedensbitrat, unter dem Deutschland nunmehr 13 Jahre leidet und dessen Auswirkungen die Wirtschaft der übrigen Länder mehr oder weniger in Mitleidenschaft zieht, zeigte er in seinen weiteren Ausführungen die wahren Ursachen der Krise auf. Nicht in dem angeblichen „heutigen System“, nicht im „Marxismus“ sind die Ursachen der heutigen deutschen Not begründet, sondern neben dem schon gezeichneten ungerechten Friedensbitrat sei durch den überhöhten technischen Ausbau die Produktionsmöglichkeit weit über den tatsächlichen Bedarf hinausgeschossen, wozu noch der Verlust wertvoller früherer Arbeitsgebiete komme. Alle diese Faktoren haben der deutschen Wirtschaft wertvolle Kräfte entzogen. Keine Schicht des Volkes treffe die Wirtschaftskrise mit solcher zermalender Wucht, wie die Arbeiterklasse. Trotz alledem sei festzustellen, daß diese unerklärliche zu den freien Gewerkschaften steht. Auf den engeren Bezirk übergehend, sei zu berichten, daß auch dieser schwer unter der Krise leidet. Die für Essen entscheidende Firma Krupp beschäftigte noch 1927 a. B. 24 000 Mann, während jetzt nur noch 14 000 zum größten Teil in Kurzarbeit beschäftigt werden und die Entlassung weiterer 2000 Mann „vorsorglich“ beantragt ist. Auch im Bergbau sinkt die Zahl der Beschäftigten dauernd. Wenn in einer Stadt wie Essen mit 650 000 Einwohnern hier von 240 000 aus öffentlicher Hand unterlöst werden müssen, lasse dies den Umfang der Krisennot deutlich erkennen. Das Buchdruckgewerbe leidet hierunter ebenfalls schwer. Betriebe werden eingekürzt bzw. ganz geschlossen. Der Mitgliederstand sank von 784 auf 766, davon sind 226, gleich 30 Proz., arbeitslos. Eingeführte Kurzarbeit am Ort wirkt sich insofern günstig aus, daß dadurch manchem Kollegen noch der Arbeitsplatz erhalten bleibt. Die Einnahmen gingen von Quartal zu Quartal zurück. Von 19 140 M. Ausgaben entfielen 12 203 M., gleich zwei Drittel, allein auf Unterhaltungen. Lebhafte pulsierte das gewerkschaftliche Leben im Ortsverein, davon geben die Veranlassungen bereites Zeugnis. Lebrings- und Jugendfragen wurde ebenfalls die größte Aufmerksamkeit geschenkt, und es ist der aufgewandeten Arbeit auf diesem Gebiet der Erfolg nicht verkannt geblieben. Durch die im Lauf des Jahres erfolgte Gründung der Invalidenvereinigungs als „linke Sparte“ nehme die Organisation der Buchdrucker vom Lehrling bis zum Arbeitsbetrieblen in ihre Pflicht. Mit der Währungsreform 1932, dessen einzelne Positionen in Rücksicht auf Preisstellung von Geldern für unsere arbeitslosen Kollegen entsprechende Abträge erfuhr, schloß der Berichtstatter seine Ausführungen. Wurde diesem Tätigkeitsbericht von der einen Seite rückhaltlose Anerkennung zuteil, glaubte die Opposition, gemäß ihrer „linken“ Einstellung in gewerkschaftlichen Fragen, wohl nicht die korrekte technische Erlebung der Geschäfte zu beanstanden, sonst aber mit dem üblichen „Wenn und Aber“ zu dokumentieren, daß ihr die ganze Richtung nicht paßt. In einem Antrag zur Tarifrevision wurde die Einführung der Vierstundentag- bzw. Fünftagewoche gefordert. Zum Schluß bestätigte die übergroße Mehrheit der Versammlung dem abtretenden Vorstand ihr Vertrauen dadurch, daß sie ihn auch für das neue Jahr mit der Führung der Geschäfte betraute.

O. H. Hannover. (Handseher.) Am 31. Januar fand hier die dritte Vorstandskonferenz der Handsehervereinigungen im Gau Hannover statt. Kollege Behrens eröffnete diese und begrüßte die Vertreter aller

Vereinigungen, auch den als Gast erschienenen Gauvorsitzer, Kollegen Bfingten, und als Vorsitzenden des Lokalvereins den Kollegen Lide sowie die Vertreter der anderen Sparten und des Bildungsverbandes. Erfreulich sei das Erscheinen der Gäste, käme doch dadurch das Interesse, das sie an unserer Arbeit nähmen, zum Ausdruck. Die Konferenz ließe in Zeichen des gekündigten Manteltarifs. Wenn geplante Verschlechterungen abgewehrt werden sollen, dann ist gewerkschaftliche Disziplin und Einigkeit unbedingt erforderlich. Auch die Arbeit in der Sparte gelte diesen Zielen. Was wir von den Verhandlungen erwarten, ist Herabsetzung der Lehrlingsstellen. Aus dem einfachen Grund, weil das Gewerbe nicht in der Lage sei, den gewerkschaftlichen Nachwuchs aufzunehmen und weil wir der Ansicht sind, daß es unverantwortlich ist, den jungen Leuten die Hoffnung, die sie nach der Beendigung der Lehrzeit auf das Leben stellen, zu zerstören. Der Ruf der Prinzipale nach Herabsetzung der Kollegsätze sollte diese doch veranlassen, den Wünschen der Geschichtliche Rechnung zu tragen. Auch sie müßten einsehen, daß unter den gegebenen Umständen ein Auskommen der Neuausgelernten im Beruf eine Unmöglichkeit ist. Sind doch von den Arbeitslosen etwa 50 Proz. Kollegen im Alter von 18 bis 22 Jahren. Das seien doch Jahre, die zum Nachdenken veranlassen sollten. Eine weitere Forderung ist der unbedingte Erhalt der Anlage A des Tarifs. Ertretenswert seien Verbesserungen, und die Zentralkommission müsse alles daran setzen, Verbesserungen zu erzielen. Bei dem, was uns bevorsteht, sei es unverantwortlich, wenn Kollegen zu finden seien, die die Arbeit der Organisation und ihrer Führer herabmindern. Diese Kollegen seien als Schädlinge innerhalb der Organisation zu bezeichnen. Kollege Bfingten und Lide betonten in ihren Ausführungen, daß die Einigkeit der Kollegen ein Faktor bilde, der bei allen Verhandlungen, trotz der wirtschaftlich schlechten Zeit, sich immer noch zu Gunsten der Organisation und der Kollegenarbeit bewähren habe. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Prinzipale den Lohnabbau schnellstens durchgeführt hätten, aber die Tempo bei der Herabsetzung der Besizerpreise und der Anfertigerpreise für die Zeitungen vermissen ließe. Die tatsächliche Senkung sei mit dem Lohnabbau nicht in Einklang zu bringen. Aus dem Gau sei zu berichten, daß unser vorjähriger Wunsch, alle Handseherkollegen der Sparte zuzuführen, nicht in Erfüllung gegangen sei. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit haben uns in der Entfaltung und Durchführung unseres Wunsches gehindert. Im August abgehaltene Wanderversammlung, an der sich rund 500 Kollegen beteiligten hatten, sei als gut gelungen zu bezeichnen, und habe dank der Vorarbeiten der Braunschweiger Kollegen einen sehr guten Verlauf genommen. Der vom Berechnungsausschuß aus, daß auch die Arbeit dieser Kommission von Nutzen gewesen sei. Dieses wurde von verschiedenen Rednern bestätigt. Aus den Berichten der einzelnen Vereinigungen ging hervor, daß überall Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu beklagen sei. Es sei aber trotzdem alles getan, um die Kollegen vor Fatalismus zu bewahren. Jubelungen im Geiste von Festhalten an den Versammlungen und bei sonstigen Anlässen seien von allen Vereinigungen dank der Solidarität der Kollegen möglich gewesen. Konnte das Hannoverische Vereinigung weit über 1000 M. für diese Zwecke ausgeben. Der Not der Zeit folgend, habe auch Hannover den Beitrag von 20 Pf. auf 10 Pf. herabgesetzt. In allen Vereinigungen sei das Zusammenarbeiten mit dem Bildungsverband und den anderen Sparten sehr gut. In der Frage der Beitragsgestaltung kam zum Ausdruck, daß der Erlaß der Beiträge für Kranke und Arbeitslose eine Lebensfrage aller Vereinigungen sei. Die Zentralkommission müsse diesen Verhältnissen trotz des Heibelberger Beschlusses Rechnung tragen. Analog des Verbandsbeitrags sei auch ein Spartenbeitrag fällig. Dasselbe gelte auch für den Gau. Es wurde beschlossen, den Gaubeitrag für Kranke und arbeitslose Kollegen in Fortfall kommen zu lassen. Im übrigen soll der Zentralkommission der Wunsch der Konferenz unterbreitet werden.

Unter „Berichtsbemerkungen“ wurden nochmals Verbesserungen der Anlage A des Tarifs gefordert. Kollege Behrens gab einen Überblick aus den Erfahrungen im Fachauschuss und die Lehrlingsausbildung im allgemeinen, auch diese Aus-

lannte, am Menschen teils suchte, teils leugnete. Der „Selbe“ Goethe fand, was die tonangebende damalige Wissenschaft nicht finden und bestätigen wollte: die Verwandtschaft des Menschen mit den Tieren (Affen). Auch hat Goethe über Pflanzengestalt, Farbenlehre und Gesteinskunde manch Gutes geschrieben.

Seine Tätigkeit war der bildenden Kunst zugewandt. Er selbst war ein geschickter Zeichner. Viele Jahre hat er das Weimarer Theater (heutige Nationaltheater) geleitet, und unter seiner Leitung wurde es eins der besten in Deutschland. Die Stadt Weimar stand überhaupt damals einzig in Deutschland da. Zu gleicher Zeit wohnten in ihren Mauern der Dichter und ehemalige Prinzenerzieher Wieland, der Theologe und geistvolle Dichter, Philosoph und Geschichtsforscher Herder, der treffliche Schiller und unser Goethe. Zu lebendiger Erinnerung zieren die ehernen Standbilder von allen vier die öffentlichen Plätze der Goethestadt.

Goethe erlebte die französische Revolution. So wie viele andre konnte er sich für die neue Weltgestaltung nicht begeistern. In seiner Komödie „Die Aufregungen“ legt Goethe nach seinem eigenen Eingeständnis sein politisches Glaubensbekenntnis jener Zeit nieder. Im höchsten Alter bekamt er dieses politische Glaubensbekenntnis noch an: „... Zum Lohn dafür aber belegte man mich mit allerlei Titeln, die ich nicht wiederholen mag. Auch war ich vollkommen überzeugt, daß irgendeine große Revolution ein Schuld des Volkes ist, sondern der Regierung. Revolutionen sind ganz unmöglich, sobald die Regierungen fortwährend gerecht und fortwährend was sind, so daß sie ihnen durch zeitgemäße Verbesserungen entgegenkommen und sich nicht so lange sträuben, bis das Notwendige von

unten her erzwingen wird.“ In der Karnevalszeit im zweiten Teil des „Faust“ heißt es: „Geseh ist mächtig, mächtiger ist die Not.“

Nüchtern an Leib und Geist ging Goethe in das neue Jahrhundert über, während Wieland, Herder, bald auch Schiller in noch den besten Jahren (40jährig) starben. Er erlebte Napoleons Größtaten und bewunderte in ihm den großen Geist, ohne Deutschlands Erniedrigung durch ihn so tief zu empfinden, wie andre. Als es zu deutschen Unterwerfung kommt, ist Goethe nicht bloß von dem dunklen Gefühl beherrscht, dies müsse heilsam enden, er ist auch von Verstandes wegen überzeugt, Deutschland verdene dies Schicksal.

In einem vertraulichen Schreiben während der schweren Zeit schreibt er: „Bei Jena ist die deutsche Kraft zum Teufel gegangen, weil in den Deutschen kein Sinn vorhanden war. Deutschland ist nichts, aber jeder Deutsche ist viel, und doch bilden sie sich gerade das Umgekehrte ein. Verpflanzt und zerstückt wie die Juden in alle Welt müßten die Deutschen werden, um die Masse des Guten ganz und zum Teil aller Nationen zu entwickeln, die in ihnen liegt. So viele Köpfe, so viele Sinne, das ist die eigentliche Devise unserer Nation. Sie haben eine Anart, durch übertriebene Forderungen das Geleistete zu vernichten, da sie doch immer vom Mittelmaßigen leben. Ich bin der augenblicklichen Falscherei in jedem Falle so satt, daß sogar die Deutschen in ihrem Eifer mit Küchlichkeit vorzukommen, weil sie eigentlich nur darüber verzweifeln, daß sie nicht mehr salbender sollen. Die Karren von Deutschen schreiben noch immer gegen den Egoismus, und wollen Recht, man hätte seit langer Zeit für sich und die Erde Gott, man hätte seit längerer Zeit für sich und die Welt erbt, gefordert, so fange vielleicht alles anders aus!

Wenn die Deutschen nicht real gerichtet sind, so sind sie ideal schwer zu rühren.“

Später, als schon die Erhebung gegen den „Unterdrückten Deutschlands“ da war, hat Goethe, unbekümmert um den Schein der Veränderung, sein liebend-kritisches Bekenntnis zusammengefaßt: „Ich fürchte, daß sie nach wie vor sich verfeinern, misgünstigen, hindern, verpähen, verfolgen und beschädigen werden. Diese Eigenheit ist um so weniger abzulegen, als sie auf einem Vorzug beruht, daß nämlich vielleicht in keiner andern Nation so viel vorzügliche Individuen geboren werden und nebeneinander existieren. Weil nun aber jeder einzelne Not genug hat, bis er sich selbst ausbildet, so entpringer, da der Deutsche nichts Positives anerkennt und in steter Verwandlung begriffen ist, ohne jedoch zum Sämetzerling zu werden, eine solche Reihe von Bildungsverschiedenheiten, um nicht Stufen zu sagen, daß der treueste Geschichtsschreiber nicht nachkommen könnte. Jeder, der sich fühlt, fängt von vorn an, und wer hat nicht das Recht, sich zu fühlen? Da nun dieses Mißverhältnis in der nächsten Zeit immer zunehmen muß, indem nun auch noch die große Masse derer, welche durch kriegerische Tatkraft die heilsame Veränderung bewirkten, ein entschiedenes Recht haben, zu meinen, weil sie gekleidet haben, so muß der Konflikt immer wilder und die Deutschen mehr als jemals, wo nicht in Anarchie, doch in sehr kleine Parteien zerstückt werden.“

Dies Bekenntnis des großen Goethe, welcher in diesen Tagen von allen Parteien gefeiert wird, möge sich ein großer Teil unserer vereinten Volksgenossen ins Stammbuch schreiben.

Goethe war der Mann mit dem tiefsten Herzen, der sich in alles Menschliche recht wohl hineinleben, hineinfühlen

fürhungen wurden mit regem Interesse entgegengekommen. Mit einem Dank an die Teilnehmer und an die im Laufe des Jahres ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder und der Aufforderung, in der Arbeit für die Organisation und Sparte nicht zu erlahmen, wurde die Konferenz vom Kollegen B e r e n s geschlossen.

Kempten. Unsere Versammlung am 13. Februar brachte ein Referat des Landtagsabgeordneten Z i m m e r e r, der in etwa einstündigen Ausführungen zum Thema „Weimaredpolitik“ sprach. Er schilderte die Verarmung in tabellarischer Sachlichkeit seine reichen Erfahrungen vor und zeigte an Hand von Beispielen die sozialen Fortschritte in der Nachkriegszeit gegenüber der Vorkriegszeit. Eindringlich ermahnte er an das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Kollegen in dieser schweren wirtschaftlichen Notzeit und appellierte an sie in schwingvollen Worten, nicht zurückzusteigen, sondern sich einzureihen in das große Heer der Eisernen Front! Ferner wurde zur kommenden Tarifrevision Stellung genommen und in einigen nicht unwichtigen Anträgen unsere Stellungnahme befand. Es wurde weiter an dem minimalen Preisabbau stark Kritik geübt und eine umfangreiche Entschädigung einstimmig angenommen.

Wasser 1. B. In unserer am 14. Februar hier abgehaltenen gut besuchten Bezirks-Generalsversammlung konnten wir neben dem Vertreter des Gauvorstandes, Kollegen Müller (Freiburg), den Vorliegenden des Ortsauschusses und einen Vertreter der „Wolfsnacht“ als Gäste begrüßen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende in erhellenden Worten des verstorbenen Kollegen Glaser (Berlin) und unseres Gauvorsitzers, Kollegen Sandfort. In seinem ausgezeichneten Geschäftsbericht warf der Vorsitzende sodann einen Rückblick auf das Jahr 1931. Es verdiente die Note „Schlecht“, nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich. Arbeitslosigkeit und als Folge hiervon die Verelendung der Bevölkerung nahmen — auch bei den Buchdruckern des Bezirks — einen erschreckenden Umfang an, was durch Zahlen belegt wurde. Der rigorose Lohnabbau durch Notverordnung gleiche einer Eisenbarrart. Im gegenwärtigen Kampf geht es um mehr als nur die Lohnfrage. Es geht um Sein oder Nichtsein der Arbeiterbewegung, um Erhaltung der Sozialgesetzgebung, der Demokratie und Vernunft. Daher auch die Bildung der Eisernen Front, der sich anzuschließen Pflicht jedes Kollegen sei. Nur innere Geschlossenheit birgt dafür, daß die Gewerkschaften diese Krise überwinden. Der vom Kassierer erstattete Kassenbericht wies ein Vermögen von 2139 M. aus. Der Bezirk umfaßt 14 Bezirke mit 229 Mitgliedern. Gegenüber andern Bezirksversammlungen überragte die schwache Distiktion. Kollege M i l l e r (Freiburg) überbrachte die Grüße des Gauvorstandes. Wenn heute die Frage nach dem Wert der Gewerkschaften aufgeworfen werde, so erinnere er nur an die Vorteile, die die Allgemeinverbindlichkeit der Tarife bringe, die auch im kleineren Bezirk eine bedeutende Rolle gespielt haben. Aber diese Frage dürfte es wohl keine Meinungsverschiedenheiten mehr geben. Die Notmaßnahmen des Bundesvorstandes in der Unterfertigungsfrage habe bei den Arbeitlosen vielfach mehr Verständnis gefunden als bei den in Arbeit stehenden Kollegen. Der seitherige Vorstand wurde, einstimmig wiedergewählt, wohl der beste Beweis, daß die Kollegen mit der Geschäftsführung zufrieden waren. An Stelle eines zurücktretenden Besitzers wurde ein anderer Kollege gewählt. Verschiedene Anträge des Bezirksvorstandes zu den Tarifverhandlungen wurden gutgeheißen, ebenso wurde gewünscht, daß der abzuhaltende Gaugang in Lahe stattfinden möge. Mit einem aumunternden Geschloßwort fand hierauf die von gutem, kollegialem Geist getragene Versammlung ihren Abschluß. — Der Nachmittag vereinte die noch nicht abgereckten Kollegen in den Räumen der „Gambirushallen“. — Am 30. Januar fand die Generalsversammlung unseres Ortsvereins statt, in der der Gesamtvorstand einstimmig wiedergewählt wurde.

Mainz. Am 20. Februar fand die Generalsversammlung unseres Bezirks statt. Der Besuch konnte als gut bezeichnet werden. Zu Beginn der Versammlung trug das „Gesangsquartett Outenberg“ den Chor „Dava Tod“ stimmungsvoll vor. Nach der üblichen Begrüßung durch Bezirksvorsitzenden W e r n i g erfolgte zunächst die Be-

kanntgabe einiger interner Angelegenheiten sowie die Weiterleitung von Anträgen zur Neugestaltung des Manteltarifs. Aus Sparmaßregelngründen wurde diesmal der Jahresbericht nicht gedruckt, sondern durch den Vorsitzenden mündlich erstattet, der ein Zeugnis untrübe durchlebten Schwerzeit darstellte. Die Arbeitslosigkeit habe einen erschreckenden Umfang angenommen. Nach einer im Bezirk aufgenommenen Statistik seien über 42 Proz. Jungkollegen im Alter von 18 bis 25 Jahren aus dem Arbeitsprozess ausgeschaltet. Scharfe Zurückweisung fand die Internernehmerwürde, die sich trotz Notverordnungen immer noch nicht von dem weiteren Abbau der Leistungszulagen trennen können, ebenso von der Einführung der vierjährigen Dienstverpflichtung mit gerechtem Lohnausgleich nichts wissen wollen. Bedauerlich sei es ferner, daß gerade die jüngere Generation sich von einer gewerkschaftsfeindlichen Sippchaft ins Schlepptau nehmen lasse und zum Teil sogar der Organisation den Rücken kehre. Nicht unerwähnt blieben die traurigen Geschehnisse vom 4. Juni 1931, die uns nicht nur den Verlust unseres angehenden Bezirksvereins brachten, sondern dazu noch eine empfindliche Schuldhaft brachten. Am Schluß seines Jahresberichts ließ es der Vorsitzende nicht an der Mahnung fehlen, gerade in Zeiten der bittersten Not treu und vertrauensvoll zur Organisation zu stehen. Zu dem gedruckt vorliegenden Kassenbericht gab Kassierer F i t t e r noch einige Erläuterungen, worauf diesem Entlastung erteilt wurde. In der hierauf folgenden Aussprache glaubte besonders ein Redner berufen zu sein, an der bisherige Taktik der Gewerkschaften im allgemeinen Kritik zu üben, er war aber nicht in der Lage, einen Weg vorzuzeichnen, der zum Besseren führt. Dieser Redner mußte sich hart korrigieren lassen, so u. a., daß der Bundesvorstand des DGB seit Jahren bei allen Gelegenheiten bemüht sei, dem Elend der Weissen einen Damm entgegenzusetzen. An den gegenwärtigen Verhältnissen trage die Arbeiterkassierer zum Teil selbst Schuld, weil sie bei Wahlen falschen Propheten Glauben schenke. Würde die Arbeiterkassierer politisch nicht tugendhaft gepalant, es wäre manches anders. Nur eine geschlossene Front könne zum gesteckten Ziel führen. Beim Punkt „Remunerationen“, die im wesentlichen die alten bleiben, erhielten der Kassierer und die beiden Revisoren eine Zusage. Bei der hierauf vorgenommenen Vorstandswahl erfolgte die Wiederwahl des alten Vorstandes. Nur der Posten des Schriftführers und eines Revisors wurden neu besetzt. Die Lehrlingsabteilung befehlt ihren seitherigen bewährten Führer, dem zwei neugewählte jüngere Kollegen zur Seite stehen. Die Wahl zum Graphtischen Kartell ergab eine Neubesetzung, ebenso kam ein neu gewählter Besitzer in den Vorstand. Unter „Verschiedenem“ verwies der Vorsitzende auf eine Kundgebung der Eisernen Front in der Stadthalle, die kein Gewerkschaftler veräumen dürfe. Daß die Kurzarbeiter der Beitragspflicht unterstehen, fand besondere Betonung. Nach einigen Anregungen dichterlicher Natur fand die harmonisch verlaufene Versammlung ihr Ende.

Reutlingen. Unsere, von 70 Kollegen besuchte Jahresversammlung fand am 18. Februar statt. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten gab der Vorsitzende S t e i n seinen Jahresbericht 1931 ab, nicht die Hoffnungen erfüllt, die im Anfang des Jahres erwartet wurden. Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lohnabbau und damit verbunden Elend und Not seien die Symbole dieses Jahres gewesen. Der Mittelstand betrage 145, davon sind 21 Kollegen arbeitslos. Unseren arbeitslosen und inandern Kollegen konnten zweimal im Jahre Extrazustellungen gewährt werden. Der Vorsitzende kam dann kurz auf die Firma Knapp zu sprechen, die von einem Kollegen und einem Lehrling auf Vorschlagszahlung verlagert und verurteilt wurde. Kollege S t e i n zeichnete von dieser Firma ein nettes Bild, das allerdings Aussichten für das „Dritte Reich“ erwarten läßt. Des weiteren wies er auf die Kündigung des Manteltarifs hin, betonend, daß der Ernst der Zeit einen festen Zusammenschluß der Kollegenschaft bedingt. Mit einem Appell an die Kollegen zum Eintritt in die „Eiserne Front“ schloß der Vorsitzende seinen Bericht. Aus dem Kassenbericht, gegeben vom Kollegen F i r s c h b u r g e r, ist erwähnenswert, daß Reutlingen im abgelaufenen Jahr einen Überschuß von 8610 M. an den Gau abliefern konnte. Die Kasse war, wie gewohnt, in bester Ordnung. Anschließend an den Bericht des Kassierers gab der Lehrlingsleiter, Kollege H e b s a c h e r, eine Schilder-

ung seiner Jahresarbeit. Der jetzige Mitgliederstand der Abteilung beläuft sich auf 32 Jungkollegen. Im Fachausschussbericht wünschte Kollege H e b s a c h e r, daß die bekannte Sollbestimmung, daß die Prinzipale ihre Lehrlinge zur Eignungsprüfung zulassen sollen, bald eine Maßbestimmung werde. Eine Distiktion dieser Berichte wurde nicht gewünscht. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Kollege G r ä f e sprach dann über die neuen Leistungen der Krankenkasse nach der Notverordnung. Die interessanten Ausführungen lösten allgemein nicht geringes Erstaunen aus über die Verschlechterungen. Der Vorsitzende dankte dem Referenten für seine wertvollen Ausführungen. Die Wahlen ergaben bis auf das Amt des zweiten Vorsitzenden keine Veränderung.

Stettin. Unserer Jahresversammlung am 17. Februar lag eine reichhaltige Tagesordnung vor. Der Vorsitzende forderte auf, einer Einladung des Reichsbanners achtzig seines achtjährigen Bestehens zu folgen und die „Eiserne Front“ zu stärken. Zur üblichen Zeit werden hier 22 Lehrlinge neu eingestellt und 34 Jernnen aus, die Mehrzahl wird die jetzt gebildete Zahl der Arbeitslosen von 179 noch vergrößern. Zum 1. April wird der Ortsverein ein eigenes Geschäftszimmer beziehen im neuen Gewerkschaftshaus. Die Kassabrechnung zeigte einen Rückgang von 200 M. gegen das dritte Quartal. Einige Ausschüsse waren notwendig, auch eine Ersetzung der Notzeit. Gegen Restanten wird künftig schärfer vorgegangen. Kollege B o u p a r, jetzt Invalide, hielt einen einstündigen Vortrag: „Was Buchdrucker von Schrift, Sprache und Rechtschreibung wissen müssen“. Redner erwähnte in dem Vortrag die Pharaonische Zeit, Verfallbüchse der Urwölfer, Steinschrift usw., anschließend bis zur deutschen Sprache und deren Sakanbau. Weiter stellte es im Saal an der nötigen Ruhe für interessierte Hörer. Von Jahresberichten wurde Abstand genommen, da diese im Gaubericht gedruckt erscheinen. Der Beitrag zur Ortskassie wurde um 10 Pf. gesenkt. Auf Antrag des Vorstandes erhalten alle 40 in der Notstandsunterfertigung ausgefertigten Kollegen am 19. März 10 M. Extrazustellung. Zur Revision des Manteltarifs kamen eine Reihe von Anträgen zur Beratung, womit die gut besuchte Versammlung einverwandten war.

Wittlingen i. Hann. Unsere Jahresversammlung am 18. Februar erfreute sich eines nicht gerade guten Besuchs. Nach Erledigung der üblichen Formalitäten gab Kollege K a r l S t a m m b e r g e r den Jahres- und Kassenbericht. Ihm wurde der Dank für die einwandfreie Kassenführung und rege Tätigkeit gezollt. Ebenso wurde dem Vorsitzenden E r y t B u s h Dank gesagt für sein Wirken im Verein. Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl des Vorsitzenden Busch, dem künftig auch die Arbeiten innerhalb der Lehrlingsabteilung obliegen, und des Schriftführers und Kassierers Stammberger. Infolge der mäßigen Kassenerhaltung wurde der Ortsbeitrag um 10 Pf. erhöht. Die Beibehaltung des Biakiums wurde dahin geändert, daß das Ortsgeld mit 50 Pf. bestehen bleibt. Als Beitrag zur Stabilisierung der Eisernen Front wurde ein den Kassenerhältnissen entsprechender Beitrag gestiftet, außerdem erfolgten Einzelzeichnungen der Kollegen.

Allgemeine Rundschau

Kollektivangriff Berliner Großdruckereien auf die Überarbeitenden. Wie schon mitgeteilt, hatte die Firma S c h e r l („Berliner Schlangengeiger“), nachdem ihr letzter Vorschlag, die über 10 M. hinausgehenden überarbeitsfähigen Löhne um 15 Proz. abzubauen, mit großer Mehrheit von der Belegschaft abgelehnt worden war, von neuem 36 Rindigungen zum 1. März ausgesprochen. Auf diese Maßnahme hin reichten 761 Betriebsangehörige sofortlich ihre Rindigungen ein. Die zunächst beim Berliner Schiedsamt eingereichte Festsitzungsanträge gegen ihr Personal wegen Tarifverletzung durch Massenrindigung wurde mit Stimmengleichheit abgewiesen. Daraufhin wurde von der Scherl'schen Betriebsleitung das Reichsschiedsamt angerufen, das sich in seiner Sitzung am 10. März mit dem Konflikt beschäftigte und schließlich zu folgendem Vorschlag kam: „Die Parteien verglichen sich dahin: Die Rindigungen werden beiderseits zurückgenommen, um Zeit für neue Vergleichsverhandlungen unter Hinzuziehung eines Unparteiischen

und es dichterisch ausdrücken konnte, aber ohne davon sich selbst hineinreiben zu lassen. Darum konnte er auch nie der Dichter des deutschen Volkes werden, wie es Schiller geworden ist. Darum konnte ihm auch das Glück ehelicher Liebe nie in vollem Maße zuteil werden.

Erst spät schloß er den Lebensbund mit einem Mädchen aus dem Volk, welches genötigt war, in jungen Jahren ihr Brot in einer Fabrik zu verdienen. Christiane Wulpius suchte sich Goethes Geist anzuhausen.

Der gewaltige, seltene Geist, der seinen unergänzlichen Anteil an der geistigen Ausbildung seines Volkes erworben hat, war und wird Goethe stets bleiben.

In seinen letzten Jahrzehnten war er der Mann, den jeder ausgezeichnete Europäer, der nach Deutschland kam, persönlich kennenzulernen suchte.

Seine Kraft blieb ihm bis in ein hohes Alter treu. Die Verleht: von der Fahrt der ersten Eisenbahn in England las er in seinen letzten Lebensjahren mit großem Interesse.

Seine letzten Werke, die er einem jungen Mann ins Stammbuch schrieb:

„Ein jeder kehre vor seiner Tür,
und reine ist jedes Stadtquartier.
Ein jeder übe sein Lektion,
so wird es gut im Rate stohn.“

Am 22. März 1832 um die Mittagsstunde schloß dieser große Geist seine Augen für immer. Seine letzten Worte waren: „Mehr Licht!“ R. — (Gothe).

Erfolchen ist der Glanz des Weimarer Hofes, verflüchten und verblasst sind die Werke und Welten so mancher schönen Geister und empfindlichen Seelen, die mit, neben

und nach Goethe dichteten; aber noch immer beschäftigt die Geister der Gegenwart das Schrifstum Goethes. Insbesondere jenes gewaltige, vom Dichter im Verkauf eines Menschenalters immer mehr und mehr vertieft und erweiterte Werk, dessen Umfang (nach den Worten eines Goethe-Biographen), „indem er die Entwicklung eines reichen, rastlos vorwärtstrebenden Menschentums durchläuft, zugleich ganze Zeitalter und Kulturepochen, Natur und Kunst, Staat und Religion in sich einschließt.“

Das bedeutet die Tragödie „Faust“ für uns Gegenwartige: die Geschichte der Menschheitsentwicklung und -bewegung. Jahrhundert, aus deren Ideen und Idealen heraus sich unsere Gegenwartskultur entwickelte, sprechen uns aus des Dichters Meisterwerk. — Und ein Jahrhundert liegt trennend zwischen uns Gegenwartigen und der Menschlichkeit Goethes, dem, was der Dichter selbst oft das Allzu-Menschliche und Ewig-Menschliche nannte. Ein Jahrhundert ungeheurer gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Umwälzungen, eine Zellepoche der Erfüllung künstlerischer Dichter- und Denkerträume! Und doch — noch immer, just wie zu Zeiten des Goetheischen Menschens Faust müht sich der Mensch der Gegenwart, Abernommenes und Überkommenes zu erhalten und zu gestalten; durchpust die Menschheit unserer Tage faustische Sehnsucht und faustischer Tatendrang, sucht stürmender und drängender Menschengeist jenseits der seiner Bewegung gezogenen natürlichen Grenzen neue Möglichkeiten und neue Welten. — Gegenwartsgeschehen spiegelt sich für uns in des Dichters Welt.

Darin und darauf beruht der Sinn des Goethejahres: im Bewußtsein der idealen Verbundenheit unserer Gegenwart mit der Persönlichkeit eines schöpferischen Menschen,

aus dessen Werken Ewig-Geltendes zu uns spricht, und zu dessen Anschauungen und Erkenntnissen sich Künste und Wissenschaften der Gegenwart noch irgendwie und -wo gebunden fühlen.

So entspricht es der unioersellen Bedeutung des Goetheischen Geistesnachlasses, der Betätigung des „vielen wissenden und manches vermögenden“ weimarischen Rates als Forscher, Künstler und Staatsmann, wenn man in Zeichen des Goethejahres in den Kreisen der Künstler, Wissenschaftler und Politiker besonders Verdienst und Anteil Goethes an so mancherlei Bestrebungen und Ergründungen unserer Gegenwart würdigt; das aber möchte und sollte das Ziel aller übrigen Goethefeiern dieser Tage und dieses Jahres sein: die persönliche Beschäftigung mit den Werken eines Meisters im Bunde jener Geister, aus deren Welten und Gestalten vergangener und gegenwärtiger Menschheit Lust und Leid zu uns spricht.

Die Werte des Dichters sind für uns die Wege zu seiner Persönlichkeit — seinem Mensch-Jede-I. (Das gilt auch da, wo wir uns mit der Persönlichkeit eines zeitgenössischen Dichters beschäftigen.)

Das ist die Aufgabe des Dichters aller Zeiten: in den Bilden des Wortkunstwertes das Tun und Treiben der Menschheit seiner Tage festzuhalten, in den Gestalten seiner Werke sein eigenes Menschtum zu verkörpern und als Sprecher seiner Zeit ihre Ideen und Ideale der Mit- und Nachwelt kundzugeben.

Als ein Meister dieser Kunst begegnet uns in all seinen Werken, in seiner großen und kleinen Welt der Dichter Goethe. F. Sch. (Altenburg).

